

Europaweiter Auftakt für Umfairteilung



Foto: Lisbeth Schreiber

Er hätte kaum passender öffentlich werden können: der Entwurf des neuesten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Das Dokument aus dem Ministerium von Ursula von der Leyen belegt schwarz auf weiß, dass Arme hierzulande ärmer und Reiche reicher werden. Der Bericht in spe passte gut in den Endspurt zum großen Aktionstag „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ des gleichnamigen Bündnisses aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen am 29. September 2012.

Das von Attac mit initiierte Bündnis brachte es zu großen Demonstrationen und Kundgebungen in fünf Städten und kleineren Aktionen in über 30 weiteren Orten. Die Tatsache, dass innerhalb weniger Wochen in 50 Städten lokale Bündnisse entstanden, ist ein beeindruckender Erfolg der Zusammenarbeit in Sachen „Umfairteilen“. Vor allem der Paritätische Gesamtverband, der immer wieder betonte, noch nie in einem Bündnis für Demonstrationen geworben zu haben, erreichte neue Kreise, informierte Kindertagesstätten und Seniorenheime und organisierte für drei Bühnen die Übersetzung in

Gebärdensprache samt großer Übertragungsleinwand.

In fast jedem der lokalen Bündnisse waren Attac-Gruppen in zentraler Rolle dabei. Oft haben sie die Organisationen an einen Tisch gebracht und die Mobilisierung von Nord bis Süd durch kreative Beiträge aufgewertet. Im ostfriesischen Norden war Attac federführend bei der Aktionsplanung und rief zur Rückwärtsdemo in der Fußgängerzone auf: „Gegen einen Sozialstaat im Rückwärtsgang“. Zahlreiche BürgerInnen schlossen sich an und halfen, Schokoladen-Goldmünzen in der Innenstadt umzuverteilen. Die Münchner Attacies fertigten im Bündnis gar exklusive Lebkuchenherzerln, die mit Zuckerguß den Schriftzug „Umfairteilen“ trugen und beim Oktoberfest auf der Wies'n auch von Prominenten äußerst gerne angenommen wurden.

Der Aktionstag am 29. September lag inmitten einer Woche der Proteste in Europa: Am Dienstag hatten 100.000 in Madrid gegen den Sozialkahltschlag demonstriert, am Mittwoch war ein besonders breiter Generalstreik in Griechenland, am Samstag gingen auch in

Inhalt

International

Soziale Krise in Griechenland – 2 –

Kampagne

Umfairteilung global – 3 –

Position

Rechtspopulismus – 4 –

Hintergrund

Energiedemokratie – 5 –

Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

Portrait

Ehrenamtlich im Bundesbüro – 8 –

Aktiv

Bürgerinitiative Wasser – 9 –

Kongress Umverteilen – 9 –

Kiosk

Blockupy-Buch – 10/11 –



Portugal Tausende auf die Straßen – und am Sonntag folgte eine europaweite Demonstration gegen die brutale Krisen- und Kürzungspolitik in Paris.

Das Bündnis Umfairteilen will nun bis zur Bundestagswahl dafür sorgen, dass das Thema nicht wieder unter den Tisch fallen kann.

Jutta Sundermann, Attac Koordinierungskreis

www.attac.de/aktuell/umverteilen
www.umfairteilen.de

Testballon für Europa

Die soziale Krise in Griechenland



Demo am 9. Oktober mit Syriza-Jugend und „deutscher Unterstützung“

Am 17. und 18. Oktober 2012 fand ein erneuter Generalstreik in Griechenland statt – der dreiundzwanzigste seit 2010. Auch wenn der Generalstreik der griechischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen als Erfolg verbucht wurde, konnte er das von der Troika und der griechischen Regierung beschlossene neue Kürzungsprogramm nicht stoppen, das nun weitere Lohnsenkungen und Kürzungen im Bildungssystem bringen wird. Dies alles, damit Griechenland in diesem Jahr noch die ausstehende Kredittranche über 31,5 Milliarden Euro aus dem zweiten Rettungspaket erhält. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 55 Prozent, einer Gesamterwerbslosigkeit von 30 Prozent, einem fast kollabierenden Gesundheits- und Bildungssystem, der Lockerung der Tarifrechte und Lohnkürzungen von durchschnittlich 40 Prozent ist es unvorstellbar, wie noch weitere Kürzungen umsetzbar sein sollen.

Die gesellschaftliche Linke steht vor großen Aufgaben. Je länger die Krise andauert, desto mehr Felder der Auseinandersetzungen treten zu Tage. Längst sind es nicht mehr nur Troika und griechische Regierung, gegen die Widerstand geleistet werden muss. Die Durchsetzung der Memoranden hat zu einer sozialen Krise geführt, in der sich viele Menschen mit existenziellen Sorgen herumschlagen müssen. Hinzu kommt eine erstarkende faschistische Bewegung, die im Parlament sitzt, MigrantInnen

als „Untermenschen“ bezeichnet und an den Wochenenden zu Tode prügelt.

„Vor zwei Jahren noch haben viele Leute die Einrichtung von Kinderbetreuungsmöglichkeit oder Suppenküchen als Charity abgetan. Doch heute ist dies eine ganz große Aufgabe, der sich die Linke stellen muss“, erklärt mir Despina Kotsoumba von ADEDY, dem Gewerkschaftsdachverband des öffentlichen Sektors. „Sonst machen das die Neonazis – natürlich nur für Griechen – und gewinnen Zustimmung in der Bevölkerung.“ Chrisi Avgi, die faschistische „Goldene Morgenröte“, hat in den neuesten Umfragen 14 Prozent der Stimmen, unter Polizisten sollen es um die 50 Prozent sein. In letzter Zeit gibt es vermehrt Versuche, sich den Neonazis öffentlich in den Weg zu stellen. Hierbei geraten antifaschistische AktivistInnen vermehrt in den Fokus der Faschisten.

Doch es gibt auch Hoffnungen. Trotz verschärfter Repression und Versammlungsverbot demonstrierten beim spontan angekündigten Merkel-Besuch am 9. Oktober Zehntausende in Athen gegen die vor allem von der deutschen Bundesregierung oktroyierte Austeritätspolitik. Beim letzten Generalstreik gab es eine noch deutlich höhere Beteiligung. Mittlerweile wird in verschiedenen Netzwerken – sogar in der traditionell konservativen Ärztegewerkschaft OENGE – vermehrt darüber diskutiert, welche alternativen Aktionsformen

es gibt – nach 23 erfolgreichen Generalstreiks ohne fundamentale Änderung des fatalen Kürzungskurses liegt dies auch nahe. An vielen Schulen gibt es motivierte LehrerInnen und Eltern, die trotz aller Widrigkeiten solidarische Netzwerke organisieren, damit Kinder bedürftiger Familien Schulmaterialien und ein Mittagessen bekommen. In der Nähe von Athen wurde eine erste Solidaritäts-Praxis eröffnet, in der ÄrztInnen eine kostenlose Gesundheitsversorgung und Medikamentenausgabe organisieren. Dr. Akis Bodoianis bringt das Ziel des Projektes auf den Punkt: „Wir machen hier die Leute gesund, damit sie wieder kämpfen können. Denn wer krank ist, kann nicht gegen Sozialkürzungen oder Neonazis auf die Straße gehen.“

Ich wurde in Griechenland oft gefragt, ob es in Deutschland keine Proteste gegen die neoliberale Europapolitik der Regierung gäbe. Hoffnungen kann die deutsche Linke der griechischen Bewegung nicht machen. Die einzige Möglichkeit für einen Richtungswechsel in Griechenland scheint momentan, dass bei Neuwahlen eine linke Regierung zusammenkommt, die den Zahlungsstopp erklärt und einen Schuldenaudit samt Schuldenschnitt veranlasst, einhergehend mit einer sofortigen Einführung von Kapitalverkehrskontrollen, einem Vorgehen gegen Steuerflucht, einer Umverteilung durch gerechtere Besteuerung und – ein ganz zentraler Punkt – mit einer starken Bewegung auf der Straße, die diesen Prozess begleitet. Die Zeichen dafür stehen nicht schlecht. Syriza, die linke Partei, die aus verschiedenen Bewegungen hervorgegangen ist, hat in den jüngsten Umfragen mit 34 Prozent erstmals die Mehrheit der Stimmen erlangt.

Attac muss sich solidarisch auf die sozialen Bewegungen in Griechenland beziehen und sie unterstützen. Denn Griechenland ist ein Testballon für Europa. Schon jetzt finden die Angriffe gegen soziale Rechte und Demokratie konzentriert in mehreren Ländern statt. Und in den nächsten Jahren wird sich diese Entwicklung auch immer deutlicher in Deutschland bemerkbar machen.

Tine Steininger ist Mitglied im Attac Koordinierungskreis und war anlässlich des Merkel-Besuchs für Attac in Griechenland.

Gerechte Verteilung ist eine Überlebensfrage

Die Kampagne Umfairteilen fordert einen weltweiten Solidarausgleich

Die Kampagne Umfairteilen erhebt ihre Forderungen nach einer gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu einem guten Zeitpunkt. Denn heute sind genügend Ressourcen für alle da, nie zuvor war die Weltgesellschaft so wohlhabend. Problemlos wäre ein würdiges Leben für alle Menschen möglich. Wir fordern nicht das Unmögliche. Wir haben das Ziel, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu erhöhen, damit die faire Umverteilung endlich umgesetzt wird.

Noch sieht die Wirklichkeit allerdings ganz anders aus: Noch nie in der jüngeren Geschichte waren die Unterschiede bei Einkommen, sozialen Chancen und Gesundheitsstatus zwischen und innerhalb von Ländern so groß wie heute.

Armut und in der Folge Hunger und Krankheit bestimmen den Alltag von Milliarden Menschen im globalen Süden. Und auch im globalen Norden geht es seit Ausbruch der Krise für viele nur noch bergab: Heute prägen Obdachlosigkeit und Perspektivlosigkeit das Stadtbild vieler europäischer Großstädte, besonders in Süd- und Osteuropa. Die Umverteilung von den Allerärmsten zu den Allerreichsten verändert die ganze Gesellschaft, auch die Mittelschicht ist vom Abstieg bedroht. Das ist die Folge einer Krisenpolitik, die die Lasten weltweit nach unten umverteilt, um die Reichen zu schonen.

Tödliche Bereicherung

Die Unfairverteilung hat weltweit tödliche Folgen. Als im September dieses Jahres in Pakistan über 250 ArbeiterInnen in ihrer Textilfabrik verbrannten, erfuhren wir bei Medico International, dass die abgebrannte Fabrik auch Jeans für den deutschen Markt produzierte, u.a. für den Textildiscounter KiK. Dieses globale Geschäft der unfairen Verteilung rechnet sich, weil die Menschen, die Hosen für KiK nähen, dafür nur zwei US-Dollar täglich bekommen, weil sie weder Rentenansprüche noch ihr Recht auf Krankenversicherung geltend machen können, weil die gewerkschaftliche Organisation durch Repression zur lebensbedrohlichen Sache wird.

Wer von Umverteilung spricht, darf über Handelsbeziehungen nicht schweigen. Diese spiegeln auch das wachsende Elend der Menschen hierzulande wider. Denn immer mehr Kunden

von KiK & Co sind auf Billigware angewiesen. Im Gang zu KiK kommen 30 Jahre Sozialabbau in Deutschland auf den Punkt. Die wechselnden Regierungen der vergangenen Jahrzehnte sorgten hierzulande mit Steuerentlastungen für Spitzeneinkommen, für Kapitalerträge und Vermögen dafür, dass ein Prozent der reichsten Deutschen über mehr als 35 Prozent des Gesamtvermögens verfügt, die Hälfte der Gesamtbevölkerung hingegen über praktisch gar keins. Die Umverteilung von unten nach oben muss umgekehrt werden. Dafür brauchen wir hierzulande die Vermögensabgabe und die Einführung einer Reichensteuer.

Hat die Ausgrenzung in den wohlhabenden Industrienationen gravierende Folgen, so sind durch sie Abermillionen von Menschen in den armen und ärmsten Ländern der Welt schlichtweg vom Tode bedroht. Innerhalb des kapitalistischen Systems sind sie „überflüssig“. Millionen Menschen verloren weltweit nach dem Finanzcrash von 2008 ihr Dach über dem Kopf, ihren Arbeitsplatz, ihre Lebensgrundlage.

Deshalb darf die Kampagne Umfairteilen an den Grenzen Europas nicht halten machen.

Sozialproteste im Süden

Im globalen Süden verlangen die sozialen Bewegungen inzwischen einen gerechten Anteil am vorhandenen Reichtum: „Unsere Diamanten, unser Geld“ lautet ein Slogan der Proteste im rohstoffreichen Simbabwe, wo sich die ArbeiterInnen für faire Löhne in den Diamantenminen, den Zugang zu Gesundheit und gegen die Bereicherung der politischen Eliten einsetzen.

„Wo sind unsere Milliarden, Herr Präsident?“, riefen die Menschen in Angola, nachdem bekannt wurde, dass sich die Regierung jedes Jahr eine Milliarde US-Dollar aus dem Ölgeschäften in ihre Taschen steckt. Dieser Diebstahl wird auch dadurch ermöglicht, weil die Regierungen in den Industrieländern zulassen, dass das Geld in den Steueroasen Europas verschwindet.

Deshalb fordern wir in der Kampagne Umfairteilen einen weltweiten Solidarausgleich und internationale Abkommen gegen Steuerflucht und Steueroasen. Damit die Menschen des globalen Südens zurückfordern können, was ihnen zusteht, damit sie



überleben können. Mit der heute noch utopischen Forderung nach einer weltweit eingeführten Reichensteuer könnten auch die Superreichen des globalen Südens zur Kasse gebeten werden.

„Es gibt nicht nur eine Gewalt auf der Straße, Gewalt in Bomben, Pistolen, Knüppeln und Steinen, es gibt auch Gewalt und Gewalten, die auf der Bank liegen und an der Börse hoch gehandelt werden“. Das sagte Heinrich Böll vor 40 Jahren, zu Beginn der Ära neoliberaler Globalisierung. Heute muss der Kampf für die Umverteilung von oben nach unten und für die sozialen, ökonomischen und politischen Rechte weltweit geführt werden, und wir sind aufgerufen, unseren Teil dazu beizutragen.

Anne Jung ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet in der Öffentlichkeitsabteilung der sozialmedizinischen Hilfs- und Menschenrechtsorganisation Medico International.

Pluralität und Abgrenzung nach rechts

Seit Jahren versuchen auch rechtsextreme Akteure, mit globalisierungskritischen Themen zu punkten und neue AnhängerInnen zu rekrutieren. Der wissenschaftliche Beirat von Attac hat sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt und ein Positionspapier verfasst. Wir veröffentlichen eine gekürzte Version, ein Link zur Langfassung findet sich unter:

www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat/stellungnahmen

Schon zu Beginn der globalisierungskritischen Bewegung am Ende der 1990er Jahre wurde deutlich, dass eine soziale, politische, ökonomische und kulturelle Kritik nicht automatisch emanzipatorisch sein muss. Stets gab es eine rechtspopulistische Kritik an der Globalisierung, den Finanzmärkten, der Konzernherrschaft, der Europäischen Union, die mit den Jahren ausgebaut wurde. Die Argumente im rechtsextremen Spektrum sind oft subtil, und so sind die Grenzen zu autoritär-konservativen wie neoliberal-darwinistischen Strömungen mit der Zeit flexibler geworden.

Angesichts dessen bedarf es in Attac auch stets einer kritischen Reflexion der eigenen Positionen über die mögliche Anschlussfähigkeit an anti-emanzipatorische Argumente, deren Sprachbilder und öffentliche Kampagnen. Dieses ist wichtig, da Pluralität ein zentraler Bezugspunkt von Attac ist, um sinnlose Abgrenzungsrituale und die politische Zersplitterung der sozialen Bewegungen zu überwinden. Aber Pluralität kann nun einmal nicht heißen, dass alle analytischen Ansätze und Positionen gleichwertig sind, unkritisch nebeneinander stehen und bestehen können.

Rechtspopulismus im Aufwind

Eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit den Positionen der extremen Rechten und eine Klärung der eigenen Standpunkte und Strategien ist für Attac notwendig, da die politische Rechte nicht immer offen nationalistisch, rassistisch und antisemitisch auftritt. Die rassistischen Blut- und Boden-Stereotypen wurden vielfach ersetzt, indem vormals rassistische Unterschiede jetzt an der Kultur und der Region festgemacht

werden, oder indem das Bild des Kulturkampfes zwischen dem christlichen Europa und dem fremden Islam bemüht wird. Auch der moderne Sozialdarwinismus kommt heute in neoliberaler Verpackung daher, in der Markt und Wettbewerb bestimmen, was nützlich und was schädlich ist oder was „wir“ uns leisten können. Das Versagen im nationalen, europäischen und im globalen Konkurrenzkampf lässt sich so sehr einfach auf die individuelle Leistungsverweigerung (faul gegen tüchtig, Leistungselite gegen Schmarotzer) zurückführen und wird zudem an schädlichen sozioökonomischen Strukturen (meist der Sozialstaat) oder dem Zentralismus der EU festgemacht. Solche vereinfachten und mit Ressentiments aufgeladenen Botschaften treffen bei vielen Menschen auf breite Zustimmung, entsprechen sie doch häufig ihrem Alltagsverständnis.

Selbstkritische Analyse von Positionen und Strategien

Vor diesem Hintergrund reichen einfache Parolen wie hysterische Übertreibungen, etwa der Vergleich der Gesetzgebung zum EFSF/ESM mit dem Ermächtigungsgesetz der 1930er Jahre, vielleicht für eine kurze mediale Aufmerksamkeit. Sie verbieten sich aber nicht nur kategorisch aus historischen Gründen, sondern sind meist auch falsch und werden der Sache nicht gerecht. Auch soll hier keiner Paranoia oder wenig hilfreichen Denkverbote das Wort geredet werden, die bereits in und um Attac zur Denunziation geführt haben, beispielsweise wenn die Beschäftigung mit Finanzmarktfragen als Ausdruck von latentem Antisemitismus gedeutet wird.

Vielmehr sind die Argumentationen differenziert zu prüfen und die Anschlussfähigkeit der eigenen Positionen an extrem rechte Diskurse, Netzwerke und potentielle Bündnispartner in den Blick zu nehmen. Es kann bei Kampagnen, Aufrufen und Aktionen nicht allein die mögliche Breite eines Bündnisses ausschlaggebend für die Beteiligung sein. Denn in jeder Krise wird die Rechte versuchen, über so genannte Querfrontstrategien ihre Ideologie in alle politischen Lager zu propagieren, ihre Positionen in der Öffentlichkeit besser zu platzieren und so ihr Ansehen zu erhöhen.

Bei Bündnissen, Aufrufen und Publikationen muss immer recherchiert werden, welche inhaltlichen Positionen, Vorstellungen und Forderungen hinter allgemeinen Parolen und Aufrufen stehen. Angesichts der Möglichkeiten des Internets sollte sich niemand am Ende damit heraus reden können, er oder sie habe nicht gewusst, worauf er oder sie sich einlässt.

Differenzierung statt Plattitüden

Ebenso sind vereinfachte Gegenüberstellungen und moralische Überhöhungen zu vermeiden: hier die vermeintlich guten kleinen und mittelständischen Unternehmen, dort die Großkonzerne; hier die nationale Politik, dort die Eurokratie; hier die böse und dominante Ökonomie, dort die machtlose Politik; hier die Globalisierung, dort die einfache, kleinteilige Volkswirtschaft; hier die Zinsknechtschaft, dort das produktive Kapital mit Schwundgeld. Nicht nur agiert in dieser Dialektik immer auch das rechte politische Lager. Auch wird eine solche Zuspitzung den sozialen, ökonomischen, politischen, kulturellen Anforderungen und sozialen Konflikten niemals gerecht und gibt vor, einfache Lösungen komplexer Probleme zu haben. Am Ende wird so meist nur Enttäuschung produziert, und damit wird man der langfristigen Arbeit an einer umfassenden Transformation für eine andere, sozialere und bessere Welt für alle nie gerecht.



Dr. Christian Christen, Wirtschaftswissenschaftler, Publizist und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac

Berliner Energietisch

Wie demokratisch ist Dein Strom?



Der Begriff „Energiedemokratie“ ist Ausdruck für eine zunehmende gesellschaftliche Entwicklung: Immer mehr BürgerInnen fordern aktive Teilhabe und Mitbestimmung bei der Energieversorgung ein. Hierbei wird zum einen immer häufiger mit dem Mittel der direkten Demokratie wie Volks- und Bürgerentscheiden Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung der Energieversorgung vor Ort genommen. Auf der anderen Seite geht es darum, die Strukturen der Energiewirtschaft selbst zu demokratisieren.

Mit dem Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ will der Berliner Energietisch sogar beides erreichen und macht sich für eine demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung stark. Denn wenn beide Faktoren zusammenkommen, kann Demokratie zum entscheidenden Hebel für eine echte Energiewende werden.

Gleichzeitig mit dem in Hamburg ebenfalls von Attac mitinitiierten Volksbegehren „Unser Hamburg – unser Netz“ könnte zur Bundestagswahl 2013 in zwei deutschen Metropolen demokratisch über die Energieversorgung abgestimmt werden.

Energie, Markt und Macht

An zahlreichen Orten in Deutschland entstehen lokale Bündnisse aus zivilgesellschaftlichen Akteuren, Organisationen und Einzelpersonen, um eines der Grundparadigmen der neoliberalen Globalisierung umzukehren: die

Privatisierung öffentlicher Güter. An vielen kommunalen Bündnissen sind auch Arbeitsgruppen von Attac beteiligt. Denn für die GlobalisierungskritikerInnen bedeutet „Energiewende“ mehr als nur die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien. Es geht um den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft insgesamt. Die Forderung nach dezentralen Strukturen in der Energiewirtschaft heißt deshalb auch ein entschiedenes Eintreten für partizipative Eigentumsformen und Entscheidungsprozesse.

Echte Demokratie: Über den Strom entscheiden Nutzerinnen und Nutzer

Ein weitergehendes Ziel von Energiedemokratie ist die Demokratisierung der Strukturen der Energieversorgung selbst. Es geht darum, sowohl in den Bereichen von Produktion, Verteilung und Versorgung mit Energie neue Formen der unmittelbaren Partizipation von BürgerInnen zu etablieren, um eine ökologische und soziale Versorgung mit Energie zu erreichen. Ausgangspunkte eines demokratisch organisierten Energiesektors können hierbei Stadtwerke in öffentlicher Hand und mit ihnen kooperierende Energiegenossenschaften und -kooperativen sein.

Das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ fordert eine vollständige Rekommunalisierung der Berliner Stromverteilnetze und die Gründung berlineigener Klimaschutzstadtwerke.

Per Gesetz will der Energietisch bei Netzgesellschaft und Stadtwerken weitreichende demokratische Mitbestimmungsrechte festbeschreiben. Hierzu zählen die Direktwahl von Mitgliedern des Verwaltungsrates, Initiativrechte und obligatorische EinwohnerInnenversammlungen. Hinzu kommen strikte Transparenzregeln. VerbraucherInnen und KonsumentInnen werden so zu aktiven NutzerInnen. Sie entscheiden mit, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien am schnellsten voran gebracht werden soll.

Der Erfolg gibt ihnen Recht

Die erste Hürde des Volksbegehrens ist bereits genommen: Im Juli 2012 hatte das Volksbegehren mehr als 30.000 gültige Unterschriften eingereicht. Nun ist der Berliner Senat am Zug und könnte den Gesetzentwurf im Berliner Abgeordnetenhaus direkt einbringen und beschließen lassen. Doch danach sieht es nicht aus. Das Bündnis aus mittlerweile mehr als 40 Organisationen bereitet sich deshalb intensiv auf die zweite Stufe der Unterschriftensammlung ab Februar 2013 vor. In nur vier Monaten müssen mehr als 200.000 Unterschriften gesammelt werden. Zum Endsput möchten wir Euch alle bereits jetzt zu einen Aktions- und Sammelcamp im Frühjahr nach Berlin einladen.

Das Geheimnis des Erfolgs liegt in der intensiven Bündnisarbeit im Vorfeld. Der Energietisch wurde initiiert von Attac Berlin, BürgerBegehren Klimaschutz und PowerShift. Wie in Hamburg konnten sehr früh klassische Umweltverbände wie der BUND gewonnen werden. Auch undogmatische linke Initiativen wie FelS spielen eine zentrale Rolle. Leitlinien der Kampagne werden in Vollversammlungen, Trägerkreissitzungen und Arbeitsgruppen erarbeitet, die allen Interessierten offen stehen. Bei Entscheidungen wird ein Konsens angestrebt, den alle gemeinsam mittragen können. Zwar versteht sich das Bündnis als parteiunabhängig. Doch wird es mittlerweile von der gesamten parlamentarischen Opposition unterstützt.

Jens-Martin Rode, AG Energie, aktiv bei Attac Berlin und Koordinator der Unterschriftensammlung des Berliner Energietisches

www.berliner-energietisch.net



Geheimdienst schreddert Zivilgesellschaft



Lärm gegen Hungerprofite, Foto Henning Lüders/Oxfam

Rückblick

3. August 2012

Bündnis Umfairteilen in der Bundespressekonferenz

Es ist wie ein Paukenschlag: Jutta Sundermann von Attac, Verdi-Chef Frank Bsirske und Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband stellen in der Bundespressekonferenz in Berlin das Bündnis Umfairteilen und seine Forderung nach einer Vermögensabgabe vor. Die Medien stürzen sich auf das Thema, die Debatte beginnt.

9. August 2012

Attac legt Konzept für Vermögensabgabe vor

Attac stellt sein Konzept für eine Vermögensabgabe vor. Denn die Krise lässt sich nur überwinden, wenn die großen Privatvermögen umfassend beteiligt werden. Das Attac-Konzept sieht eine einmalige, europaweit erhobene Abgabe vor, die das Vermögen des reichsten einen Prozents der Gesellschaft mit durchschnittlich 50 Prozent belastet.

11. September 2012

Attac und Medico International fordern globale Umverteilung

Gemeinsam mahnen Attac und Medico International an, bei der Diskussion über Umverteilung von Reichtum die globale Dimension nicht außer Acht zu lassen. Wer Hunger und Armut ernsthaft bekämpfen will, muss die Reichen weltweit zur Kasse bitten. Eine zentrale Voraussetzung dafür sei der internationale Kampf gegen Steuerflucht und -hinterziehung gerade in ärmeren Ländern.

25. September 2012

„Umfairteilen“: Reichtumsberg vor dem Kanzleramt

Mit einer Aktion vor dem Kanzleramt in Berlin fordert das Bündnis „Umfairteilen“ eine stärkere Besteuerung großer Vermögen ein.

AktivistInnen verteilen einen privaten Reichtumsberg aus „Goldbarren“, „Münzen“ und „Geldsäcken“ um zu Gunsten wichtiger gesellschaftlicher Bereiche wie Bildung, Pflege und Energiewende.

26. September 2012

Geheimdienst schreddert Zivilgesellschaft

„Dem Verfassungsschutz keine Entscheidung über Gemeinnutz!“, fordern Aktive von Attac, Robin Wood und anderen Organisationen vor dem Bundestag. Bei der Aktion schreddern als Geheimdienstmitarbeiter verkleidete AktivistInnen Schilder mit Aufschriften wie „Zivilgesellschaft“, „Friedensbewegung“, „Umweltbewegung“ und „Antifa“ in einem Häcksler. Grund ist eine geplante Gesetzesänderung, die es dem Verfassungsschutz faktisch erlauben würde, über die Gemeinnützigkeit von Vereinen zu entscheiden.

26. September 2012

Attac protestiert gegen Polizeigewalt in Madrid

In einem Schreiben an den spanischen Botschafter in Berlin verurteilt Attac den gewalttätigen Polizeieinsatz gegen DemonstrantInnen in Madrid. Attac Deutschland protestiert insbesondere gegen die Verhaftung eines führenden Mitglieds von Attac Spanien und verlangt die sofortige Freilassung aller Festgenommenen.

29. September 2012

40.000 bei Umfairteilen-Aktionstag auf der Straße

Es ist ein Durchbruch in der Gerechtigkeitsdebatte: 40.000 Menschen gehen in mehr als 40 Städten bundesweit für eine stärkere Besteuerung von Reichtum und gegen soziale Ungleichheit auf die Straßen. Zu den Demonstrationen aufgerufen hat das von Attac mit initiierte Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen.

9. Oktober 2012

Finanztransaktionssteuer nimmt große Hürde

Elf EU-Länder einigen sich, die Finanztransaktionssteuer im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit einzuführen – ein enormer Erfolg für Attac und alle gesellschaftlichen Kräfte, die sich für eine Eindämmung der Spekulation einsetzen. Jetzt gilt es, die Umsetzung weiter kritisch zu begleiten.

14. Oktober 2012

Lärm gegen Hungerprofite

870 Millionen Menschen hungern. Diese Situation wird verschärft durch die preistreibende Spekulation mit Nahrungsmitteln. Dagegen protestiert Attac zusammen mit Oxfam, Campact und weiteren Organisationen: Etwa 400 Menschen schlagen auf Hunderten leeren Töpfen zum Welternährungstag Alarm.

17. Oktober 2012

Kampagne „Steuer gegen Armut“ feiert dritten Geburtstag

Das Kampagnenbündnis Steuer gegen Armut, das sich für die Finanztransaktionssteuer einsetzt, feiert seinen dritten Geburtstag mit einer Tagung in Nürnberg. Anfangs belächelt, hat sich die Kampagne zu einer der erfolgreichsten zivilgesellschaftlichen Bewegungen der letzten Jahre entwickelt.

21. Oktober 2012

Gemeinnützigkeit: Verschärfte Verfassungsschutz-Klausel vom Tisch

Der von Attac mit angestoßene Protest von mehr als 180 Organisationen wirkt: Schwarz-Gelb will den Verfassungsschutz nun doch nicht allein über den Entzug der Gemeinnützigkeit entscheiden lassen und nimmt eine entsprechende Gesetzesänderung zurück. Hätte die Koalition auf ihrem Vorhaben bestanden, wären die Verfassungsschutzberichte quasi zu Steuerbescheiden geworden. Ein Skandal.



Blockupy-Bewegungsratschlag

21. Oktober 2012

Blockupy kommt wieder: Aktionstage im Frühjahr 2013 in Frankfurt

Der Widerstand gegen die europaweite Verarmungspolitik geht weiter: Das Blockupy-Bündnis plant für das Frühjahr 2013 erneut zentrale Aktionstage in Frankfurt. Das ist das Ergebnis eines Bewegungsratschlages, zu dem mehr als 500 Aktive in Frankfurt am Main zusammen gekommen sind. Außer einer großen Demonstration soll es erneut vielfältige Proteste unter einem Dach geben, einschließlich Zivilem Ungehorsam.

22. Oktober 2012

Bußgeldbescheid gegen Blockupy-TeilnehmerInnen

Die Stadt Frankfurt verschickt Bußgeldbescheide an TeilnehmerInnen der Blockupy-Aktionstage im Mai. Betroffen sind hunderte AktivistInnen in ganz Deutschland – ein erneuter illegitimer Versuch, den demokratischen Protest gegen das Verarmungsregime der Troika in Europa zu kriminalisieren.

23. Oktober 2012

Studie bestätigt Attac-Forderung nach Aus für Privatkassen

Eine Umfrage des Wissenschaftlichen Instituts der AOK bestätigt Attac in seiner Forderung nach Abschaffung der privaten Krankenversicherungen. Die Studie zeigt deutlich, dass eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle Menschen mit Privatkassen nicht zu machen ist. Attac fordert seit Jahren eine solidarische Bürgerversicherung.

24. Oktober 2012

Besetzung des Hambacher Forsts wichtiges Zeichen für Klimagerechtigkeit

Seit April halten AktivistInnen der Anti-Kohlekraft-Bewegung Teile des Hambacher Forstes bei Köln besetzt, um eine Ausweitung

des Braunkohle-Tagebaus in der Region zu verhindern. Medienberichten zu Folge bereitet die Polizei nun die Räumung des Camps vor. Dagegen protestieren Attac, Robin Wood, die BUND-Jugend Nordrhein-Westfalen und Fian. Die gewaltfreie Besetzung des Forstes sei ein wichtiger Beitrag für mehr Klimagerechtigkeit.

25. Oktober 2012

Amnesty-Report belegt Polizeigewalt in der EU

Die Polizeigewalt in der EU nimmt bedrohliche Ausmaße an, die Kürzungspolitik kann nur noch mit Gewalt durchgesetzt werden. Das belegt ein in Madrid präsentierter Bericht von Amnesty International. Attac-AktivistInnen in Spanien, Griechenland und Portugal bestätigen den Amnesty-Bericht und berichten, dass Polizeigewalt bei Krisenprotesten in ihren Ländern zum Regelfall geworden ist.

25. Oktober 2012

Steuerabkommen: „Deutschlands Steuerbetrüger können jubeln“

Mit einer satirischen Jubeldemo vor dem Bundestag protestiert das Bündnis „Kein Freibrief für Steuerbetrüger“ gegen das Steuerabkommen mit der Schweiz. Als Steuerbetrüger verkleidete BürgerInnen bejubeln das Abkommen und stoßen mit Sekt auf die Amnestie-Regelung an. Anlass für den Protest ist die Abstimmung im Bundestag, in der die schwarz-gelbe Koalition das Abkommen durchwinkt.

Ausblick

8. bis 10. November 2012

Firenze 10+10: Europäisches Sozialforum in Florenz

Zehn Jahre nach dem ersten Europäischen Sozialforum halten AktivistInnen in Florenz Rückschau auf Erfolge und Versäumnisse der breiten europäischen Bewegung. Damit verbunden ist eine Debatte über die Zukunft einer vernetzten Bewegung des sozialen Widerstands im Kampf gegen den europaweiten Sozial- und Demokratieabbau. Mit dabei sind auch Attacies aus Deutschland.

www.firenze1010.eu/en

10. November 2012

Regionalgruppenkonferenz NRW in Krefeld

„Alternativen zur krisenhaften Zuspitzung des Kapitalismus“ bilden das Schwerpunktthema bei der Attac-Regionalgruppen-Konferenz, zu der Aktive aus Nordrhein-Westfalen im Krefelder Bischof-Sträter-Haus zusammenkommen. Neben inhaltlichen Vorträgen und Workshops bietet das Treffen den Aktiven Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und sich untereinander besser zu vernetzen.

15. November 2012

Treffen der Projektgruppe „Umverteilen“ in Frankfurt

Das Thema „Umverteilen“ bildet weiterhin einen der inhaltlichen Schwerpunkte der Attac-Arbeit. MitstreiterInnen sind willkommen! Neben diversen inhaltlichen Fragen geht es bei dem Treffen vor allem um die Entwicklung weiterer Materialien, eine Attac-Aktion und die Vorbereitung des Umfairteilen-Kongresses im Frühjahr 2013. Dazu kommen viele weitere kleinere und größere Mobilisierungsideen. Bei Interesse bitte per E-Mail anmelden unter:

umverteilen@attac.de

14. November 2012

Europäischer Generalstreik gegen Austeritätspolitik

Die Gewerkschaften in Portugal, Spanien, Griechenland, Malta und Zypern rufen zum Generalstreik auf – aus Protest gegen die Austeritätspolitik der EU. Das Blockupy-Bündnis ruft zu Solidaritätsaktionen überall in Deutschland auf. Auch Attac wird sich an den dezentralen Protesten beteiligen – mit Kundgebungen, Mahnwachen, Flashmobs oder was immer den Aktiven vor Ort möglich ist.

18. November 2012

Postwachstums-AG von Attac trifft sich in Frankfurt

Wie könnte eine sozial gerechte Gesellschaft ohne Wachstumszwang aussehen? Diese Frage steht im Zentrum der Arbeit der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe „Jenseits des Wachstums“, die zu einem eintägigen Arbeitstreffen im Attac-Bundesbüro in Frankfurt zusammenkommt. Neue MitstreiterInnen sind willkommen!

8. Dezember 2012

Regionalgruppentreffen in Gießen

Aktive hessischer Attac-Gruppen und Interessierte erwartet in der Uni Gießen ein buntes Programm mit Workshops zu verschiedenen Themen. Auf dem Programm stehen unter anderem „Aktionsplanung“, „erfolgreiche Regionalgruppenarbeit“, „Bedingungsloses Grundeinkommen“ und „Public Private Partnerships“ sowie ein Podium zu „Hessen als Krisenmotor – und was wir dagegen tun können“.

16. Dezember 2012

Blockupy-Aktionsplanung in Frankfurt

Blockupy geht im Frühjahr 2013 in die zweite Runde. Konkrete Verabredungen über das Was, Wann, Wo und Wie der Proteste treffen die Bündnispartner beim Aktiventreffen in Frankfurt. Der genaue Ort wird noch bekannt gegeben.

www.blockupy-frankfurt.org

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/aktuell/veranstaltungen

Menschen in Attac

Workout politisch

Petra Sattler engagiert sich ehrenamtlich im Bundesbüro

Petra Sattler, 61, unterstützt die Arbeit im Attac-Büro ehrenamtlich an einem Tag in der Woche. Dabei übernimmt sie vor allem von Rita Herber – Büroleitung und u.a. zuständig für die Mitgliederbetreuung – viele Versandaktionen. Hier fällt einiges an: Erstinfos für neue an Attac interessierte Menschen, Briefe an Mitglieder, Einladungen zu regionalen und überregionalen Aktionen, Briefe an Gruppen und vieles mehr.

Petra, wir haben gerade beide erstaunt festgestellt, dass Du jetzt schon seit fünf Jahren regelmäßig ins Attac-Büro kommst. Kaum zu glauben! Wie bist Du damals denn zu uns gestoßen?

Der Mann einer Freundin von mir hat Euch früher eine Zeit lang in der Buchhaltung unterstützt. Er hatte damals eine Dreitagewoche, und da blieb ihm noch Zeit, die er sinnvoll einbringen wollte. Das hat mir sehr imponiert, und gleichzeitig habe ich gedacht: Wenn der das kann, dann kann ich das auch. Das geht aber nur, weil es auch zu meinen Lebensumständen passt. Ich bin selbstständig und habe jetzt nicht so viel zu tun, als dass ich nicht noch Zeit finden könnte, hier mitzumachen.

Und natürlich gibt es viele Möglichkeiten, wie man sich engagieren kann, wenn man dafür Zeit findet – zum Beispiel im sozialen Bereich ... aber ich wollte gern zu Attac. Zum einen natürlich, weil mir die Organisation so ausgesprochen sympathisch ist, zum anderen aber auch, weil die Arbeit hier in gewisser Weise ganz pragmatisch ist. Ich brauche auch einen Ausgleich zu meiner sonstigen Arbeit.

Was machst Du denn sonst, wovon lebst Du?

Ich bin im Werbebereich selbstständig. Nach meinem BWL-Studium und einem Praktikum in einer Werbeagentur bin ich quasi in dieser Branche hängengeblieben. Mir gefiel damals die lockere Atmosphäre in der Agentur ziemlich gut, gerade wenn man dann mal bei Kunden war, konnte man sehen, wie formal es anderswo so zugeht. Aber die Freiheiten der Branche bezahlt man eben auch mit viel zu viel Arbeit, und deshalb habe ich mich dann vor zwölf Jahren selbstständig gemacht. Ich bin in dem Bereich geblieben, weil es das war, was ich kannte und konnte. Gleichzeitig habe ich aber auch immer ein bisschen mit meinem Beruf gehadert. Ich bin auch ein politisch denkender Mensch, und da fällt es dann schon

manchmal schwer, für sich einen Sinn in der Werbebranche zu finden; dafür braucht es dann einen Ausgleich.

Diesen Ausgleich habe ich schon von Anfang an in meinem Privatleben gehabt; der Großteil meiner Freundinnen und Freunde hatte mit der Branche nichts zu tun und machte auch ganz andere Sachen. Mein Leben war quasi abends ein anderes als tagsüber. Aber auch Attac ist



Gesucht und gefunden: Petra und Rita

jetzt für mich ein Ausgleich, das macht für mich Sinn.

Kannst Du Attac denn vorher schon?

Na, ich wusste natürlich, dass es Attac gibt und wofür Attac sich einsetzt. Trotzdem war das Bankentribunal tatsächlich meine erste große Attac-Veranstaltung, die ich besucht habe. Das Bankentribunal fand ich höchst interessant, die „Hauptverhandlung“ habe ich komplett mitverfolgt, weil sie wirklich spannend war. Die Gäste waren teilweise ganz hervorragend, die Ausführungen erkenntnisreich. Und auch bei der Sommerakademie war ich jetzt schon – da hab ich dann auch gerne Paprika geschnibbelt.

Wieder etwas Handfestes ...

Genau, das mache ich einfach gern. Und wenn Attac-Aktionen anstehen, und wenn dazu hier im Büro ein Bus vollgepackt werden muss oder so, dann bin ich gern dabei, wenn mein Zeitplan es zulässt.

Obwohl ich immer schon ein politischer Mensch war, habe ich mich nie einer Organisation angeschlossen. Vielleicht bin ich dafür zu ... Also, ich komme mit Dogmatismus nicht

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter: 069-900 281-10

klar, ich versuche immer, mehrere Seiten zu sehen. Ich habe zum Beispiel früher immer die Wochenzeitung *Die Zeit* gelesen; ich fand es gut, dort Artikel von links und rechts, aus unterschiedlichen Blickwinkeln lesen zu können. Ein Freund von mir meinte dann mal ganz abfällig, *Die Zeit* sei so „scheißliberal“. So bin ich vielleicht auch ein bisschen, so „scheißliberal“ (lacht).



Inzwischen denke ich aber häufig: Es müsste noch viel mehr passieren, es müssten sich noch viel mehr Menschen engagieren. Ich mag an manchen Tagen schon gar nicht mehr die Zeitung aufschlagen, weil es mich manchmal so anwidert, was da drinsteht. Gerade der Kampf für mehr Demokratisierung wird immer wichtiger, wo Attac doch oft entgegnet wird „Was wollt ihr denn, wir haben doch demokratische Zustände“. Im Augenblick, finde ich, lässt sich gut beobachten, wie die Demokratie schleichend verschwindet.

Und was meinst Du, wie wird es weitergehen mit Attac und Dir?

Es ist für mich toll, dass ich mich hier im Büro zeitlich nicht so festlegen muss, deshalb sage ich jetzt lieber etwas zu meiner augenblicklichen Situation hier: Ich komme gern, es macht mir einfach Spaß, und auch die Zusammenarbeit mit Rita gefällt mir. Spannend ist auch, immer in engem Kontakt mit den Praktikantinnen und Praktikanten zu sein, mitzukriegen, wie unterschiedlich die sein können, und wie Leute in dem Alter so ticken. Und Attac erlebe ich als sehr kreativ – häufig kommt dann doch noch eine Aktion oder eine Idee aus der Hinterhand, über die man staunt.

Petra, vielen Dank für das Gespräch – und natürlich für Deine Unterstützung!

Interview: Jule Axmann

„Wasser ist ein Menschenrecht“

Europäische Bürgerinitiative sammelt Unterschriften



Im Juli 2010 hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen das Recht auf Wasser und Sanitärversorgung als Menschenrecht anerkannt (Resolution 64/292). Dies hat den Europäischen Gewerkschaftsverband für den

Öffentlichen Dienst (EGÖD) zusammen mit seinen Mitgliedsgewerkschaften (in Deutschland Verdi) veranlasst, europaweit eine Bürgerinitiative zu starten. Die Initiatoren sehen die zunehmenden Liberalisierungstendenzen der EU auch in der Wasserwirtschaft in krassem Gegensatz zur Resolution der UN. Diese Bürgerinitiative ist eine der ersten, die laut dem Vertrag von Lissabon seit dem 1. April 2012 von der EU-Kommission gehört werden muss – wenn auch leider nur mit empfehlendem Charakter.

Attac unterstützt diese Initiative, deren Ziel es ist, bei der EU-Kommission einen Umdenkprozess zu bewirken, um anstelle des marktorientierten Modells mit dem Schwerpunkt Wettbewerb ein auf Rechten basierendes Modell mit dem Schwerpunkt öffentliche Dienstleistungen zu setzen.

Unsere Forderungen sind:

1. Wasser und sanitäre Grundversorgung als Garantie für alle Menschen in Europa
2. Keine Liberalisierung der Wasserwirtschaft
3. Universeller Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung

Die Initiative muss bis Mai 2013 mindestens 1 Million Unterschriften sammeln. Die Kampagne ist in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten präsent, und zwar sowohl im Internet als auch direkt auf der Straße.

Bitte unterstützt diese Bürgerinitiative!

Mehr Informationen gibt es unter:

www.attac.de/ebi-wasser

Auf der offiziellen Webseite findet sich die Möglichkeit, online zu unterschreiben:

www.right2water.eu/de

Liste zum Ausgedrucken, um bei Straßen- und Inforveranstaltungen Unterschriften zu sammeln, finden sich unter:

<http://tinyurl.com/crd8wuk>

Diese bitte ausgefüllt senden an:

Verdi, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin



Foto: right2water.eu

Kurswechsel für Europa

Kongress Umverteilen im Mai 2013 in Berlin

Kinderarmut in Deutschland? Fünf Prozent der Bevölkerung besitzen 40 Prozent des Vermögens in Deutschland? Ist das gerecht? Gibt es da nicht etwas neu zu verteilen? Die Fragen sind angekommen in der deutschen Öffentlichkeit. Attac und ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, Erwerbsloseninitiativen und anderen Gruppen formulieren die Antworten. Im September sind 40.000 Menschen dafür auf die Strasse gegangen.

Denn in der Krise nimmt die Kluft zwischen Arm und Reich noch weiter zu – innerhalb und zwischen den Ländern der Eurozone. Diesen Prozess der Umverteilung „von unten nach oben“ gilt es umzukehren. Die Löhne müssen existenzsichernd sein und die Arbeitenden am Produktivitätsfortschritt beteiligen. Die Profiteure von Umverteilung und Bankenrettung sollen für die Folgen der Krise einstehen. Ein umfassendes Konzept zur Vermögensbesteuerung, eine wieder stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und finanzstarken

Unternehmen und eine Finanztransaktionssteuer schaffen die Voraussetzungen zur Bekämpfung der Armut.

Die Debatte um Reichensteuer und Vermögensabgabe ist voll entbrannt. In dieser Debatte präsentiert Attac ein eigenes Abgaben- und Steuerkonzept. Gleichzeitig gehen die praktischen Umverteilen-Planungen weiter. Für Ende Mai 2013 haben Attac und die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi den „Congress Umverteilen“ in Berlin auf den Weg gebracht. Dort sollen konkrete Forderungen entwickelt und passende Aktionsformen für die Intervention in den Bundestagswahlkampf verabredet werden. Mit dabei sind die Attacies aus Österreich und der Schweiz sowie deutsche, österreichische und schweizerische Gewerkschaften, unter ihnen der DGB, politische Stiftungen, Sozial- und Umweltverbände. Eine Programmgruppe hat ihre vorbereiteten Arbeiten aufgenommen. Interessierte Organisationen, Gruppen und Initiativen

sind aufgerufen, sich dem Unterstützerkreis anzuschließen und schon jetzt ihre inhaltlichen Beiträge (Workshops, Publikationen etc.) vorzubereiten.

In dem gemeinsamen Aufruf der Kongressorganisatoren heißt es: „Soll Europa nicht scheitern, ist ein Kurswechsel notwendig. Welchen Weg Europa nimmt, wird 2013 auch durch Wahlen unter anderem in Deutschland und Österreich entschieden. Die politischen Diskussionen wollen wir mit Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen aus den europäischen Nachbarländern beeinflussen und gemeinsam Strategien und Instrumente entwickeln, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Demokratie führen. Dazu veranstalten wir einen Kongress im Frühsommer 2013. Wir streben die Erarbeitung einer konkreten gemeinsamen Handlungsoption sowie eines konkreten Forderungskatalogs an die Parteien und künftige Regierungen an.“

Wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter:
www.attac.de/shop
 aber auch telefonisch unter:
 069-900 281-10
 per Fax an:
 069-900 281-99
 oder per E-Mail an:
info@attac.de
 Bitte, so vorhanden,
 die [Bestellnummer] angeben.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10
 oder per E-Mail an:

info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Ausserdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
 Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt am Main
 Tel.: 069-900 281-10
 Fax: 069-900 281-99
 E-Mail:
info@attac.de
www.attac.de
 Produktion:
 Attac Trägerverein e. V.
 Redaktion:
 Jule Axmann, Lena Bröckl,
 Frauke Distelrath, Karsten Peters,
 Gabriele Rohmann, Richard Schmid,
 Kay Schulze, Steffen Stierle
 V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

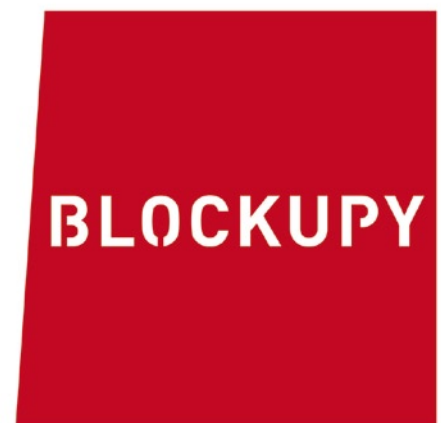
Aus dem Attac-Shop

Attac (Hg.): Blockupy

Vom 16. bis 19. Mai 2012 befand sich Frankfurt im Ausnahmezustand. Für diese vier Tage hatte das Blockupy-Bündnis zu Protesten gegen das Krisenregime der Europäischen Union aufgerufen. Die Proteste sollten mitten ins Frankfurter Bankenviertel getragen werden, an den Sitz der EZB und anderer mächtiger deutscher Banken und Konzerne. Demonstrieren, okkupieren,

blockieren – der öffentliche Raum sollte an diesen vier Tagen ganz denen gehören, die ein solidarisches Zeichen setzen und sich zu Alternativen zur autoritären Verarmungspolitik der Troika austauschen wollten.

Doch aus einem großen Teil der Pläne wurde nichts; die Stadt Frankfurt und das Land Hessen malten ein Bedrohungsszenario an die Wand, das nahezu jede Maßnahme im Vorfeld rechtfertigen sollte. So waren nicht nur die



höchst eindeutig verteilt sind, nicht nur zwischen den Protestierenden und den Lebensbedingungen in den einzelnen Ländern, sondern auch zwischen dem Status des europäischen Nordens und Südens. Zwar hat es auch in Deutschland, etwa mit der Hartung-Gesetzgebung und dem massiven Wachstum der Niedriglohnsektors, massive soziale Einschnitte gegeben, aber die Folgen der aktuellen Krise können hier fähig abgefedert, getriggert werden. Stattdessen gelang es der Bundesregierung bislang wenig, aus der Krise – z.B. durch niedrige Zinsen auf die eigene Staatsschuld – noch Profite zu schlagen. Die Ablehnung der Krisenpläne auf die Menschen in Südeuropa auszuwirken, durchzusetzen und gleichzeitig die eigene Bevölkerung in Kampfhandlungen gegen Krisenregime zu zwingen. Jederfalls sind die Erwartungen vieler Länder von 2007/2009, dass die Krise bald auch in der BRD zu einem Ende kommen wird und dass dann eine Phase neuer Massensperren und sozialer Bewegung beginnt, werden nicht aufgegangen. Zwar gab es hunderte Demonstrationen vom 1. März 2009 bis zum 1. März 2010, wie am 18.3.2009 in Berlin, aber eine echte Dynamik blieb aus. Parallel dazu verschärfte sich im europäischen Süden die Krise, sondern es entwickelten sich ein massenhafter Widerstand gegen die Sozialkürzungen und Sparmassen, der sich mit einer grundsätzlichen Kritik an den neoliberalen Formen der politischen Repräsentation verband. „Occupy“ wurde zum weltweiten Begriff einer neuen Bewegung, die die Abkehr von der derzeitigen Bewegung anderer öffentlichen Pläne mit dem Anspruch verfolgte, die Staat der 99%, der die ständige Mehrheit der Leute, höher zu stellen gegen die 1%, in deren Interesse die Banken und Konzerngiganten stehen werden. Später mit dem globalen Ablehnung am 15.10.2011 wurde die Kritik dieser neuen Bewegung sichtbar, die eine all zu diffuse und ungenaue Widerstandsform der kapitalistischen Repräsentation gegen die Frage der sozialen Gerechtigkeit und die Frage der tatsächlichen Demokratie.

Auch in der BRD entstanden aus so vielen Orten Occupy-Camp, z.B. in Frankfurt direkt vor der Europäischen Zentralbank, einem der wichtigsten Repräsentanten der Globalisierung und Desorientierung des

europäischen Krisenregimes. Der größte Teil der Protestierenden war die moderne – Linken jedoch frustriert mit der Occupy-Bewegung, in der sich wegen ihrer prinzipiellen Offenheit, der Ablehnung von Repräsentation und dem Bezug auf die 99% nicht mehr erkennbar Verschiebungsbewertungen manifestierten.

Gegen autoritär-nationalistische Tendenzen
 Dies war die Situation, als es um in der internationalistischen Linken klar wurde, dass wir uns lange genug auf die „Aktionen der Krisenpläne“ geworfen und auf das Ausbleiben einer neuen Massensperre gewartet hatten. Es gab die Solidarität mit den europäischen Bewegungen in Griechenland oder Spanien nicht mehr länger nur theoretisch zu erklären, sondern in praktischen Widerstand auf der Straße zu bringen. Wir wollten die Konspiration mit der Krisenpolitik der BRD-Regierung sichtbar aufdecken und der zunehmenden nationalisierten Propaganda gegen angeblich feine Gesellschaften widerstehen.

Die bedeuten auch, sich linken Elementen darüber bewusst zu machen, dass die grundsätzliche Widerstandsform die Kampfschritte von Bankengruppen, Troika und EZB in der BRD von einer Mobilisierungsbewegung heraus hervorgehen muss. Die Situation ist für die (linken) Linken gleichzeitig verschärfen von Mobilisierung vor Austerität oder Austerität, was wir auf einer breiten Ablehnung von Staat oder der Austerität aufbauen können und in diese Kampfschritte mit solidarischem Standpunkt und Solidarität intervenieren können. Die – auch vorhandene – Skepsis gegen die Krisenpolitik konnte der eher zu rechts. Sie ist verbunden mit einer rationalistischen und ethischen Gesellschaft. So kann z.B. die Ablehnung des ERM selbst als Kritik an der Herrschaft der großen Vermögens und Banken auf Kosten der Bevölkerung gesehen werden, was aus einem Bild-Zeitung Charakteristik ist. Wie gehen wir die Grenzen aus?

So richtig ist, dass sich beide Haltungen zum Vernehmen können und beide grundsätzliche Interventionen haben Augen

diese haben selbst, sich im Handgemacht auch einmal die Hände schmutzig zu machen, so fällt wie es in diesem Fall, den Versuch zu unterbreiten, die nationalisierte geführte Europäer vor lauter politischer Verunsicherung zu retten. Findet deshalb, weil dies die ideologische Auseinandersetzung zwischen und zwischen wird, die wir gegen autoritären, nationalisierten und auch faktischen Tendenzen zu führen haben, die sich in Zeiten der Krise stets verstärken. Diese autoritären Tendenzen gibt es ebenfalls bei den Regierenden, die im Rahmen des Krisenregimes – z.B. durch die Finanzierung der „Jugendberufshilfe“ in Italien, die Fortsetzung der Reformen in Griechenland oder durch die Sparpläne der Troika – schon mehrfach gezeigt haben, dass ihnen manchmal selbst die Regeln ihrer eigenen, kapitalistischen Demokratie hinderlich werden. Sie zeigen sich aber auch in der Erkenntnis der Nazis der „Goldenen Morgen“, die mittlerweile

in Griechenland schon destruktive Partei sind, wie oben auch in der westlichen autoritär-nationalistischen Bewegung herrschende, auch wenn diese auch keinen paralytischen Ausdruck gefunden hat. Die Aufgabe der Linken muss es in dieser Situation sein, internationalistische Solidarität zu propagieren und zu praktizieren. In der Perspektive geht es darum, dem europäischen Krisenregime einen ebenso komplexen Widerstand entgegenzusetzen, als es von links zu beginnen, Europa die Trends gesellschaftlicher Auseinandersetzung anzudeuten und zu begeben.

Und diese Gegenströmung zwischen den verschiedenen widersprüchlichen Bewegungen in Europa zu entwickeln und zu fördern, was es so wichtig, Blockupy von anderen



TAG 1

MITWOCHE, bei den frühen Morgenstunden haben sich immer mehr UnterstützerInnen im OccupyCamp an, um sich gegen die bevorstehende Räumung zu wehren. Die Aktivitäten sind gewaltfrei, aber dennoch sehr intensiv. 20 Barikaden gegen Polizei und Armee in Antarktis. Die große, hellblau verschleierte Uniformen in die Räumung ab – haben eine zu sagen. Mit einem Helm, der eine große Abwehrkraft für die Räumung aus den roten verbleibenden Farbstoffen. Im Anschluss wird der Platz mit den Gittern aus roten Metall- und danach aus einem - den Aktivisten von der Polizei und der Räumung.

Die zweite Vorwarnung nennt ihren Anfang, im Laufe des Tages wird per Facebook eine für den nächsten Tag geplante allgemeine Versammlung der Jungs zum Gedenken an die hundertjährige Geburt der amerikanischen Schriftstellerin veröffentlicht. Zwar steht dieses Verbot nicht fest, es zeigt aber schon, wie das Verbot der seit über zwanzig Jahren weltweit stattfindenden Mahnwache der Deutschen Bank, welcher Linie die Bank zu liegen könnte. Was auch nur eine nach der Versammlung oder Märschen und nicht, wie es dann immer noch diskutiert werden.

Die zweite Vorwarnung nennt ihren Anfang, im Laufe des Tages wird per Facebook eine für den nächsten Tag geplante allgemeine Versammlung der Jungs zum Gedenken an die hundertjährige Geburt der amerikanischen Schriftstellerin veröffentlicht. Zwar steht dieses Verbot nicht fest, es zeigt aber schon, wie das Verbot der seit über zwanzig Jahren weltweit stattfindenden Mahnwache der Deutschen Bank, welcher Linie die Bank zu liegen könnte. Was auch nur eine nach der Versammlung oder Märschen und nicht, wie es dann immer noch diskutiert werden.



AktivistInnen aus ganz Europa, sondern auch unbeteiligte Frankfurter BürgerInnen mit einer nicht selten polizeistaatlich anmutenden Situation konfrontiert: Die Stadt lag fest in Polizeihand, nahezu alle Vorhaben von Blockupy wurden – bis hin zum Kulturprogramm – verboten. Grundrechte standen dieser Tage nicht hoch im Kurs in Frankfurt.

In diesem reich bebilderten Band finden sich neben einer Chronologie der vier Blockupy-Tage zahlreiche Beiträge aus Organisationen, die sich in diesem Bündnis zusammengefunden hatten. Aus ihren – zum Teil sehr unterschiedlichen – Blickwinkeln nähern sie sich einer Einschätzung der Rolle, die Blockupy in der europäischen Bewegung zukam und weiterhin zukommt.

Auch jede Menge Attac findet sich in dem Buch, bis hin zu einer Skizze, wie es für Attac als Teil der Bewegung weitergehen könnte auf dem Weg zu einem solidarischen Europa.

Trotz aller nüchternen inhaltlichen Auseinandersetzung ist der Band emotional geraten; die Schrecken der allgegenwärtigen Polizeipräsenz, die Atmosphäre der Willkür, das Moment der Hilflosigkeit, aber auch kleine und große Siege, überraschend fröhliche Augenblicke und die Stärke der großartigen Abschlussdemonstration – alle Höhen und Tiefen dieser Tage sind in diesem Buch zu finden.

Mit Beiträgen von Menschen aus Attac, dem ... ums Ganze!-Bündnis, der Interventionistischen Linken, Occupy, Verdi, der Partei Die Linke, dem No-Troika-Bündnis, der Grünen Jugend, dem Griechischen Komitee für ein Schuldenaudit, Attac Norwegen u.v.a.

Broschiert, im bewährt quadratischen Format, ca. 168 S., 14,95 EUR



Über 5000 Menschen demonstrieren zudem in einem schwarz-braunen und weißer antikapitalistischen Block, der spartenübergreifend von der Interventionistischen Linken und von ... ums Ganze! organisiert wurde und deren TeilnehmerInnen dem marxistischen Bekenntnis folgen. Die Demonstrationen gegen die politische Zerstörung, auch für weitere gemeinsame Projekte. Es ist dabei insgesamt der Verlust von My und von Blockupy, der politischen Charakter der Kette auf die Agenda gesetzt zu haben. Genau hier stehen wir in Zukunft an.

Nur zum einzigen Zeitpunkt der Kette wurde, ist eine gewalttätige Verletzung der Protesten, und

neue von unten. Der kleinste Teil der Gruppen sollten wir dabei offen begreifen. Hier, in der Bundesrepublik, wollen wir nicht als bloßer Teil der Gruppen kommen mit all ihren Gruppen, die die My und Blockupy-Bewegung unterstützen haben und die für eine radikale Kapitalismuskritik offen sind. My hat gezeigt, dass wir in keiner Zeit langfristige Bündnisse aufbauen können, und wir werden diese in Zukunft weiterbauen. Die Vernetzung zwischen verschiedenen Gruppen und Regionen ist eine in der nächsten Zeit besonders wichtig. Das Ziel wird nicht zuletzt die rasche Koordination auf überregionaler und internationaler Ebene. Gemeinsam, auch international, Projekte sehen wir dabei eine finale Energie, können gerne zu Events in Deutschland und anderen Ländern.

den vorbei sind sind an Diskussionen interessiert, wie Ort, bei Euch und bei uns. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die derzeitige Kapitalpolitik und -struktur nachhaltig zu delegitimieren und gemeinsam mit Betroffenen hier und in anderen Ländern so etwas wie eine soziale und intellektuelle Gegenmacht zu entwickeln. Wie und nicht gegenwärtig geworden, der Anspruch magte sich aus der kaum lobbaren Zweckmäßigkeit des Kapitalismus selbst. Unseren wachsenden Kritik an den Verhältnissen wird sich zudem in Zukunft stärker im Handlungsraum bewirken müssen. Schon klar, dass es hier um größtmögliche Alternativen zum Kapitalismus magte. Aber die Idee nicht vom Himmel, sie entstehen im politischen Prozess.

ums Ganze! ist ein bundesweites, kommunistisches Bündnis, das im Verlauf der Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 gegründet wurde. Vor Blockupy organisierte das Bündnis zusammen mit anderen Gruppen am 20. März 2012 den europäischen antikapitalistischen Demonstrationstag 2012. Eine ausführliche Fassung des Textes wurde im August 2012 unter www.ums-ganze.org veröffentlicht.



Unter www.attac.de/shop, telefonisch unter 069/900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99 kann das Buch ab sofort vorbestellt werden; versandt wird es ab Ende November.

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende
Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre
neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei
einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief
nicht nach!

Stärkt die internationale Zusammenarbeit!



Auch hier, aber am schlimmsten in den südlichen Ländern der EU, leiden die Menschen an den Folgen der rigiden Verarmungspolitik der Troika. So stellt eine Studie des griechischen Nationalen Zentrums für Gesellschaftsforschung vom September fest, dass sich die griechische Gesellschaft in den vergangenen zweieinhalb Jahren dramatisch verändert hat – die Quote der Kinderarmut hat sich mit an die Spitze in Europa

gesetzt, rasant steigende Arbeitslosigkeit stürzt immer mehr Familien in Armut, und ein Viertel derer, die noch in irgendeiner Weise beschäftigt sind, verdienen nicht genug für ihren Lebensunterhalt. Ähnlich dramatische Berichte häufen sich aus Spanien, Portugal und Zypern, und auch in anderen Ländern der Eurozone sind solche Entwicklungen abzusehen.

Umso wichtiger ist es, die Bewegungen in diesen Ländern zu unterstützen, die sich gegen die Spardiktate richten. Eindrucksvoll ist das im Mai bei Blockupy gelungen: Auch hier gehen Menschen für ein solidarisches Europa auf die Straße! Die Reaktionen aus den betroffenen Ländern haben gezeigt, wie sehr diese Proteste und Aktionen ihnen neuen Mut gegeben haben – gerade von Menschen, die nicht so unmittelbar von den fatalen politischen Richtungsentscheidungen betroffen sind.

Viele positive Rückmeldungen von AktivistInnen der krisengeschüttelten Länder zeigen,

dass auch das zunehmende internationale Engagement von Attacies aus Deutschland dringend notwendig ist. Attacies reisen nach Italien, Spanien, Griechenland und in viele andere europäische Länder, und Attacies aus ganz Europa wird es auch durch die finanzielle Unterstützung durch Attac Deutschland ermöglicht, sich an Treffen zu beteiligen, um gemeinsam zu planen.

So erfolgreich und notwendig dieses Engagement ist – es verursacht zusätzliche Kosten, die bislang in diesem Umfang nicht geplant waren. Wir halten die internationale solidarische Arbeit in Zeiten der Krise dennoch für wichtig wie selten zuvor. Bitte helft mit, dass sie nicht an fehlendem Geld scheitert und unterstützt die internationale Vernetzung mit einer Spende, entweder mit Hilfe des unten angehängten Überweisungsträgers oder unter:

www.attac.de/spenden

Vielen Dank!

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Begünstigter

Attac Trägerverein e.V.

Konto-Nr. des Begünstigten

800 100 800

Kreditinstitut des Begünstigten

GLS Gemeinschaftsbank eG

Betrag: Euro, Cent

EUR

Kunden-Referenznummer
- noch Verwendungszweck (nur für Begünstigten)

RBF1204-S

Kontoinhaber/Einzahler: Name

Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Den Vordruck bitte nicht
beschädigen, knicken,
bestempeln oder beschmutzen.

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

Attac Trägerverein e.V.

Konto-Nr. des Begünstigten

800 100 800

Bankleitzahl

430 609 67

Kreditinstitut des Begünstigten

GLS Gemeinschaftsbank eG

EUR

Betrag: Euro, Cent:

Kunden-Referenznummer - noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)

RBF1204-S

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen f 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

SPENDE